

Internationaler Frauentag noch immer aktuell Der 8. März ist Andenken und Verpflichtung

Fotos: privat



Antja Stantien

„Ist doch kein offizieller Feiertag, da kann man doch 'ne Sitzung machen.“ Da war sie wieder, die Ignoranz gegenüber dem Internationalen Frauentag und für mich auch gegenüber allem, was damit zusammenhängt. Zum Beispiel Errungenschaften für Frauen, wie dass ich nicht mehr – wie meine Oma – meinen Arbeitsvertrag von meinem Mann unterschreiben lassen musste.

Für mich ist der Frauentag Andenken an das Engagement von Frauen wie Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Maria Montessori, für gleiche Rechte und Chancen für Frauen und Männer in einer Gesellschaft. Und Verpflichtung daran zu erinnern, dass die immer noch nachhaltig

wirkende soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern auch in unserem Land, in dem die Gleichberechtigung im Grundgesetz verankert wurde, existent ist:

84% aller Teilzeitkräfte sind Frauen – und überwiegend nicht, weil sie weniger arbeiten wollen!

23% weniger Verdienst haben Frauen gegenüber ihren männlichen Kollegen – und nicht, weil sie freiwillig darauf verzichten würden!

3,4% Frauen in Vorständen und 8% Frauen in Aufsichtsräten – und nicht, weil sie sich nicht bewerben würden oder nicht qualifiziert wären!

61,5% sind von Altersarmut betroffen – und das nicht, weil sie älter als Männer werden!

Das alles: bekannte Zahlen! Und die Ursachen? Auch bekannt! Schlechterstellung durch Kinder und „Männerbünde“. Und gucken wir über unseren Tellerrand, so fallen mir dramatische Fakten, wie Beschneidung von Frauen, Verheiratung von jungen Mädchen und Zwangsprostitution ein ...

Deshalb lasst uns gedenken und mahnen an diesem Tag und täglich kämpfen – jeder und jede an seinem und ihrem Platz in Beruf und Alltag – um soziale und politische Gerechtigkeit. Denn die Forderungen der Frauen in den letzten 101 Jahren an diesem Tag haben nichts an Aktualität verloren. Setzen wir uns weiter ein für:

- gleichen Lohn für gleiche Arbeit,
- eigenständige soziale Sicherung für Frauen,
- Vereinbarkeit von Beruf und Kindern
- Familiengerechte Arbeitszeiten!

■ ■ Antja Stantien (parteilos)
Fraktion DIE LINKE in der
BVV Treptow- Köpenick



Internationaler Frauentag 2012

Veranstaltung der
LINKEN Treptow-Köpenick
mit Chansonsänger
Jürgen Walter



Mitbegründer des „Hootenannyclub“,
dem späteren „Oktoberclub“.

Samstag, 10. März, 10:30 Uhr
im Soziokulturellen
Zentrum Ratz Fatz
Schnellerstraße 81,
12439 Berlin-Niederschöneeweide
Einlass ab 10 Uhr,
Eintritt frei

IN DIESER AUSGABE

- Seite 2:** Insel der Jugend soll leiser werden
- Seite 3:** NPD – Rückzug ins eigene Haus
- Seite 4:** Haushaltszwänge
- Seite 5:** Kunst am Bau künftig besser berücksichtigt

Insel der Jugend soll leiser werden

Fraktionssitzung DIE LINKE vor Ort

Vor zwei Jahren begann der Verein KulturAlarm das marode Gebäude an der Brücke zur Insel der Jugend zu sanieren und kulturelle Veranstaltungen anzubieten. Ein neu gesetzter Lärmesspunkt gefährdet jetzt das Konzept und damit das Weiterbestehen des Inselbetriebs – obwohl sich niemand gestört fühlt.

Neue sanitäre Anlagen, eine neue Einrichtung, einen gastronomischen Betrieb; insgesamt hat der Verein, der die Ausschreibung des Bezirksamtes gewann, ca. 100.000 Euro in das Projekt investiert. Vor allem im Sommer strömen die Besucherinnen und Besucher auf die Insel der Jugend in Treptow und bescheren dem Projekt zahlreiche Gäste. Waren es im Anfangsjahr noch bis zu 30 000 Personen, vergnügten sich 2011 schon mehr als doppelt so viele Menschen mit dem Angebot auf der Insel der Jugend. (Auch das blättchen berichtete letztes Jahr in einer ausführlichen Reportage über die Fortschritte.)

Das Programm ist so vielfältig wie sein generationsübergreifendes Publikum. Von Theateraufführungen, Dichterwettstreiten, kleineren Konzerten, Hochzeiten und Diskos bis hin zu Kanu- und Tretbootvermietung ist viel los. Aber man kann auch nur bei einem Getränk die Sonne genießen. Nun ist der vielfältige Kulturbetrieb, der seinen Höhepunkt



im Sommer hat, jedoch gefährdet. Das angrenzende Mädchenwohnheim hatte sich vor mehr als einem Jahr beim Bezirksamt beschwert, da eine spezielle Bühnenkonstellation zu viel Lärm verursachte. Die unmittelbaren Nachbarn haben sich inzwischen geeinigt und nichts gegen weitere Veranstaltungen einzuwenden, mit Ausnahme dieses einen Bühnenaufbaus.

Das Treptow-Köpenicker Umweltamt hat nun jedoch den maßgeblichen Messpunkt für Lärmessungen an das Mädchenwohnheim auf der Insel und damit genau neben den Kulturbetrieb verlegt. Obwohl es keine weiteren Beschwerden gibt und bisher alle (Lärm-)Auflagen eingehalten wurden, müssen unter diesen



Fotos: Joseph Rohmann

Umständen alle Veranstaltungen unter freiem Himmel ausfallen, befürchten die Betreiber. Selbst eine Theateraufführung würde den gesetzten Lärmpegel überschreiten, wenn er nur wenige Meter weiter gemessen würde. Mit dem Weiterbe-

stehen des Kulturangebots auf der Insel sind damit auch 24 Arbeitsplätze unmittelbar gefährdet.

Bei einer Sitzung auf der Insel erörterte die Fraktion DIE LINKE das Problem mit dem Betreiber. Philipp Wohlfeil, Fraktionschef, fordert ein Weiterbestehen des Kulturangebots und verweist zudem auf die bestehenden Verträge. „Bei dem Abschluss des Nutzungsvertrags mit dem Bezirksamt war allen Beteiligten klar, dass der Kulturbetrieb auch kleinere Konzerte und andere Außenveranstaltungen beinhaltet. Wenn jetzt praktisch alle derartigen Veranstaltungen verhindert werden ist das Vertragsbruch, für den das Bezirksamt geradestehen muss“. Wohlfeil befürchtet, dass das Bezirksamt der Messpunkt am Mädchenwohnheim ganz recht kommt, weil es dann auch keine allerdings ungerechtfertigten Beschwerden mehr von der gegenüberliegenden Ufer-

seite aus Alt-Stralau gäbe. DIE LINKE werde die Angelegenheit in der BVV thematisieren und verlangt Ausnahmeregelungen oder einen Verzicht auf den Messpunkt.

■ ■ Joseph Rohmann

Aus dem Bezirksamt

► Bearbeitungsfristen im Jobcenter

Neuanträge oder Anträge auf eine Weiterbewilligung von Arbeitslosengeld II werden im Jobcenter des Bezirks unverzüglich bearbeitet. Wie Sozialstadträtin Ines Feierabend auf eine Kleine Anfrage von Michael Rother (CDU) erklärte, werde die von der Bundesagentur vorgegebene Frist von 14 Tagen im Bezirk regelmäßig unterschritten. Im Dezember habe sie fünf beziehungsweise sechs Arbeitstage betragen. Für die Bearbeitung der Ab-

rechnung von Betriebskosten habe sich das Jobcenter eine Frist von zehn Arbeitstagen gestellt. Nachforderungen seien in der Regel im Folgemonat nach Vorlage der Abrechnung durch den Vermieter fällig. Kunden hätten die Möglichkeit, telefonisch den Bearbeitungsstand zu erfahren. Im Jobcenter sei sichergestellt, dass sämtliche Postvorgänge nach Neueingang sofort in die Leistungsakte gelangen. Die Bearbeitung richte sich nach der Dringlichkeit. Täglich gingen 1.000 Poststücke ein, die von den Leistungsteams neben den Anträgen zu bearbeiten seien.

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
 Monatszeitschrift des Bezirksverbandes und der
 BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick
 Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Karin Franzke,
 Edith Karge, Maximilian Nitschke, Helga Pett.
 Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick,
 blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
 Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
 unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
 Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen
 von Artikeln und Leserbriefen vor.
 Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos
 usw. werden sorgfältig behandelt!
 Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
 Druck: Druckerei Bunter Hund,
 Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin
 Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. Februar 2012
 Redaktionsschluss für „blättchen 180“: 27.3.2012
 Ausgabebetrag „blättchen“ 180: Do 5. April 2012
 Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.



Rückzug ins eigene Haus

Hörbarer Protest am Mandrellaplatz

Nach dem nun schon üblichen Versteckspiel über den Ort ihres Landesparteitages mussten sich die Berliner NPD-Aktivistinnen infolge der öffentlichen Gegenmobilisierung und der Absage anderweitiger Örtlichkeiten in ihre Parteizentrale zurückziehen. Aber auch dort blieben sie am 4. Februar nicht unter sich – direkt gegenüber auf dem Mandrellaplatz hatten sich trotz klirrender Kälte mehrere Dutzend Antifaschistinnen und Antifaschisten aus verschiedenen Bündnissen zum sicht- und hörbaren Protest versammelt, darunter auch vom bezirklichen Bündnis für Demokratie und Toleranz. Den Teilnehmern der NPD gelang es nur unter massivem Polizeischutz die abgezielte Bundeszentrale zu erreichen, wo der unrühmlich aus Schönefelder Kameradschaftskreisen bekannte militante Neonazi-Kader Sebastian Schmidtke zum neuen Landesvorsitzenden gewählt wur-

de. Die damit zu erwartende Radikalisierung dieser verfassungsfeindlichen Partei verstärkt nur die Forderung nach einem baldigen Verbot der NPD.

■ ■ Hans Erleben



Was zu viel ist, ist zu viel

3 Jahre Neonazi-Kneipe „Zum Henker“ – 3 Jahre zu viel!“

Am 28. Februar 2012 kann die Neonazi-Kneipe „Zum Henker“ auf ihr dreijähriges Bestehen zurückblicken. Ebenso lange begleitet unser Bündnis diesen rechten Szenetreff mit seinen Protesten. Wir haben von Anfang an auf die gefährlichen Auswirkungen dieser rechts-extremen Netzwerk-Stelle aufmerksam gemacht. Wir haben nicht weggeschaut und wir werden das auch weiterhin nicht tun.

Insofern findet die von antifaschistischen Gruppen für den 2. März geplante Demonstration unter dem obigen Motto unsere volle Unterstützung.

Die Zivilgesellschaft will mit dieser Unterstützung zeigen, dass Treptow-Köpenick ein bunter Bezirk ist, in dem tiefbraune Trefforte auf Dauer keinen Platz haben.

Der Henker hat sich zu einem Kristallisationspunkt der aktionsbereiten rechten Szene Berlins entwickelt, mit dem wir uns nicht abfinden wollen und werden. Unser erklärtes Ziel ist und bleibt es, dass der „Henker“ von der Bildfläche verschwinden muss.

Demokratie und Toleranz vertragen sich nicht mit Treffpunkten von Neonazis, in denen „Bombenholocaustandachtsfeiern“ geplant werden, wie kürzlich am 14.1.2012. Wir wollen, dass sich jeder Mensch jederzeit angstfrei in Schöne-weide bewegen kann, auch in der Brückenstraße und nicht mit „Sieg Heil“ begrüßt wird, wie es gerade erst am 14.2. einer britischen Journalistin passiert ist.

Wir rufen auf, sich zahlreich am 2. März, 18 Uhr vor dem Bahnhof Schöne-weide zu versammeln und von dort in einem bunten und lauten Protest-Marsch durch Schöne-weide zu laufen.

3 Jahre „Zum Henker“ – kein Grund zum Feiern!

Berlin, den 21.2.2012

*Oliver Igel, Schirmherr des Bündnisses für Demokratie und Toleranz
Bezirksbürgermeister Treptow-Köpenick
Hans Erleben,
Sprecher Bündnis für Demokratie und Toleranz
Bezirksverordneter*

Haushaltszwänge

Anmerkungen zur Beratung des Haushaltsplans

In Sachen Bezirkshaushalt für die Jahre 2012/13 ist fast nichts wie es früher war. Erst kommen die Zahlen über die zur Verfügung stehenden Mittel wegen des Regierungswechsels so spät, dass das Haushaltsjahr 2012 bereits begonnen hat. Dann begibt sich das Bezirksamt in den schwierigen Aushandlungsprozess, die zu kurze Decke wenigstens einigermaßen Wärme spendend zu zotteln. Denn draußen sind inzwischen Minusgrade und eine Kältehilfe im Sommer bringt wenig.

Und dann setzt der Senat die Abgabefrist auf Anfang März, gewährt „großzügig“ noch drei Tage Verlängerung, aber der Haushalt ist den Bezirksverordneten noch gar nicht übergeben. Dabei ist die Festsetzung des Bezirkshaushalts das entscheidende Gestaltungsrecht des Bezirksparlaments. In den vergangenen Jahren standen für die Haushaltsberatungen mindestens vier Monate zur Verfügung. 2012 sind es gerade mal drei Wochen, in denen zehn Fachausschüsse und der Haushaltsausschuss alles für den Bezirk bedenken sollen. Drei Wochen für Prüfung der Zahlen, Abschätzen der Folgen, Rücksprache mit den Projekten und verschiedensten Akteuren. Und da ist ja denn auch noch der beschlossene Prozess des Bürgerbeteiligungshaushalts. Unmöglich! So der Tenor aus verschiedenen politischen Lagern.

Eine teilweise gespenstische Debatte

Die Fristsetzungen bedeuten die Entmachtung der BVV, so die Linkesfraktion. Zustimmendes Nicken allerorten. Doch was passiert, wenn wir uns verweigern? Ein Senatssparkommissar kommt und eine „vorläufige Haushaltswirtschaft“ bis zum Herbst, bei der nur das gemacht werden kann, was rechtlich notwendig ist und in der Sache keinen Aufschub duldet. Es ist die Entscheidung zwischen Teufel und Beelzebub, zwischen Pest und Cholera. Die konnte nach Auffassung der Linkesfraktion aber nur die Bezirksverordnetenversammlung selber treffen, also beantragten wir eine Sondersitzung. Nach einer teilweise gespenstischen Debatte, bei der man den Eindruck haben konnte, gefrustete Vertreter anderer Parteien wollten DIE LINKE verantwortlich machen für das Terminchaos, beschloss die BVV mit Mehrheit und vielfachem Zähneknirschen, sich dem Termindiktat

von „Oben“ zu beugen. Und seither gibt es für die Bezirksverordneten nur noch Haushalt, Haushalt, Haushalt. Tag und Nacht.

Mitten in dieser Vorbereitung zur Haushaltsberatung einen Artikel zu schreiben, ist so einfach nicht. Deshalb hier keine Analyse, sondern einige Anmerkungen:

Rund 438 Mio. Euro signalisieren eine Menge Geld, aber das bedeutet noch lange keine umfassenden Gestaltungsmöglichkeiten. Es ist gerade so viel, dass das, was in den vorangegangenen Jahren finanziert war, auch fortgeführt werden kann. Bei der Summe von Preissteigerungen, gestiegenen Betreuungsnotwendigkeiten, Tarifierhöhungen für die Beschäftigten und erweiterten Rechtsansprüchen ist es dennoch ein Haushalt, der Kürzungen vornehmen muss.

Und es gibt ein weiteres Risiko.

Es ist ein „Doppelhaushalt“ für zwei Jahre, dessen Volumen für das Jahr 2013 noch gar nicht festliegt. Wir kennen noch nicht die Auswirkungen der Schuldenbremse, wir wissen noch nicht, ob die für 2012 geplanten Einnahmen auch wirklich kommen, und wir kennen noch nicht die Ergebnisse der politischen Großwetterlage. Deshalb ist die derzeitige Haushaltsituation die von 2012. Es ist ausgesprochen beruhigend, dass die Mittel für Sozial- für Jugendhilfeleistungen, für das Kitaangebot auch dank der Bemühungen unserer beiden Bezirksstadträte an den Bedarf angepasst wurden. Und der Bedarf ist steigend. Die Zahl derjenigen, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind, wird weiter steigen. Dies ist sicher ein Ergebnis der Finanz- und Wirtschaftssituation. Im Bezirk ist auch eine Situation zu verzeichnen, dass eine Vielzahl von neuen Wohnungen, in erster Linie von Privaten (Fonds), gebaut werden. Hier dominiert die gehobene Wohnlage. Angebote, die einer sozialen Entmischung entgegen wirken, müssen bereits in den Bebauungsplanungen durchgesetzt werden. Dafür brauchen wir eine qualifizierte Stadtplanung, die über genügend Ressourcen verfügt.

Wir sind ein Bezirk der grünen Lunge für die Stadt mit vielen Transitwegen. Der Haushaltsplan muss die Voraussetzung hergeben, dass wir diesen Standard halten können. Öffentliche Verkehrssysteme, Einkaufsmöglichkeiten, Straßen

und Wohnviertel müssen möglichst barrierefrei und dem Altersdurchschnitt angepasst gestaltet und gebaut werden. Dies bedeutet eine nachhaltige Politik für den Bezirk. Über die Notwendigkeit von Kultur und Sport brauchen wir nicht zu streiten, genauso wenig um die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen.

Zusätzliche Stellen verlangt

Die Bewältigung aller dieser Aufgaben mit Ressourcen zu untersetzen, ist die Aufgabe der Haushaltsplanung. Das macht man nicht mal so schnell nebenbei. Der Landesregierung fehlt häufig der Blick auf die Außenbezirke, das dürfen wir nicht zulassen. So verlangt der Senat die Einrichtung von zusätzlichen Stellen für Sozialraumkoordinatoren in den Bezirken, zusätzliches Geld gibt es dafür nicht. Dabei entsteht bereits jetzt die Qualität der Arbeit in Orsteilen und Sozialräumen aus der Summe von Engagement, politischen Vernetzungen und der Bereitstellung von Ressourcen. Dafür sind die Finanzen leider knapp. Die Bürgerbeteiligung wurde auf eine bezirkliche Informationsveranstaltung und 50.000 Euro für Kiezassen reduziert. Am 9. März will die BVV den Haushaltsplan beschließen. Ich bin gespannt.

■ Ernst Welters

Aus dem Bezirksamt

► Spielhallen im Bezirk

Aus fachlicher Sicht ist die Spielhallensituation derzeit wenig problematisch, erklärte Bezirksstadtrat Svend Simdorn auf Anfrage des Verordneten Rick Nagelschmidt (SPD). Im vergangenen Jahr sind im Bezirk zehn Anträge für weitere Spielhallen im Bezirk gestellt wurden. Entsprechend dem neuen Spielhallengesetz Berlin vom Mai 2011 seien fünf genehmigt und fünf Anträge zurückgenommen worden. Zwei neue Spielhallen wurden in der Elsenstraße genehmigt, zwei in der Edisonstraße und eine im Bruno-Bürgel-Weg. Alle Spielhallen seien 2011 mindestens einmal kontrolliert worden, wobei 14 Ordnungswidrigkeiten festgestellt und Verfahren eingeleitet wurden. Besonderes Augenmerk verlange jedoch die Aufstellung von Spielautomaten in Gaststätten, die zum Teil umgebaut würden, um mehr Spielgeräte anbieten zu können.

Was Rot-Rot für die Senioren errang darf nicht verschwinden

Auftakt der AG-Seniorenpolitik

Auf eine weitere Entwicklung der Kiezklubs, die Betreuung der Senioren in den Pflegeheimen und eine noch stärkere Interessensvertretung der Senioren in den Ausschüssen der BVV wird sich die Arbeit der neu gewählten Seniorenvertretung Treptow-Köpenick richten. Bei der traditionellen Jahresauftaktberatung der AG Senioren der LINKEN Mitte Februar waren sich die Vertreter aus Vereinen, Verbänden, Initiativen und Projekten darüber hinaus einig, dass gegenseitige Information und ein gemeinsames Vorgehen bei bestimmten Vorhaben für einen Erfolg unerlässlich sind.

Die lebhafteste Debatte spiegelte auch das Bedürfnis wider, die Ursachen der schweren Wahlniederlage der LINKEN vom September 2011 aufzuarbeiten und ein „Weiterso“ nicht zuzulassen. Einig war man sich darin, dass die errungenen Fortschritte, die unter Rot-Rot in Berlin für Senioren erreicht wurden, nicht wieder verschwinden dürften.

Ines Feierabend, Bezirksstadträtin für Arbeit, Gesundheit und Soziales und die neu gewählte Vorsitzende der Seniorenvertretung im Bezirk, Dr. Hanna Ham-bach, hatten zuvor auf die Schwerpunkte ihrer Arbeit orientiert. Trotz der Haushaltsprobleme 2012/13 seien dies vor allem die Sicherung der Wohnverhältnisse älterer, behinderter und sozial schwacher Bürger durch bezahlbare Mieten, ein behindertengerechter Verkehr in den Außenbezirken, die Weiterführung der Kiezzentren und die Gesundheitsvorsorge für Jung und Alt, vor allem die Versorgung durch Haus- und Fachärzte. So wird sich z. B. die Seniorenvertretung gemeinsam mit dem Bezirksvorstand der Volkssolidarität an die zuständigen Stellen des Landes wenden, um mit Nachdruck eine Sicherung von Wohnen und Mieten für Ältere und sozial Schwache einzufordern.

Neben der Forderung nach Wahrung von sozialer Sicherheit und Geborgenheit bei Wohnen und Mieten sei auch ein grö-

ßerer abgestimmter Druck auf Ausschüsse und Abgeordnete des Bundestages im Interesse der Bürger hinsichtlich der Angleichung der Rentenwerte West-Ost sowie eine gemeinsame Unterstützung der Initiativen S-Bahntisch, Wassertisch, gegen Fluglärm und eine konsequente Zurückweisung von Rechtsextremismus notwendig. Einig waren sich alle Teilnehmer an dieser Jahresauftaktberatung darin, diese Themen in die Basisorganisationen unserer Partei und in die Öffentlichkeit zu tragen. Vom Bezirksvorstand DIE LINKE erwarten Freunde und Genossen aus den Vereinen, Verbänden und Projekten, dass eine regelmäßige vertrauensvolle Zusammenarbeit und Information wieder zu einer guten Tradition wird. Höhepunkte in der Seniorenarbeit wird das von der Seniorenvertretung für September vorgesehen Seniorenforum und der Sozialtag im September sein.

Dieser zuversichtliche Auftakt in der Seniorenarbeit wird schon am 12. März eine Fortsetzung finden, wenn Gregor Gysi Gesprächspartner der AG Senioren und der Seniorenvertretung sein wird.

■ ■ *Siegfried Ebert, Wolfgang Krapp*
Senioren AG DIE LINKE

Kunst im öffentlichen Raum

künftig besser berücksichtigt

Was wurde aus den Anträgen der Fraktion DIE LINKE?

Bei der Sanierung und baulicher Veränderung an öffentlichen Gebäuden kommt es oft vor, dass dabei Kunstwerke beschädigt werden. DIE LINKE hatte mit einem Antrag in der BVV darauf hingewirkt, diese Kunst besser zu schützen. Laut einem Schlussbericht werden nun entsprechende Maßnahmen getroffen.

Immer wieder kommt es vor, dass bei Sanierungen und Veränderungen an öffentlichen Gebäuden Kunstwerke in Mitleidenschaft gezogen werden. Unkenntnis über den Wert der betroffenen Kunstwerke sowie Vergessen und Übersehen von Werken zeitgenössischer Künstlerinnen und Künstler, führte bereits zur deren Zerstörung. Private Bauträger oder Investoren wissen zudem oft nicht, in welchen Gebäuden sich Kunst befindet und treffen deshalb keine Vorkehrungen zu deren Schutz. Der im Sommer 2011 von Werner Laube (DIE LINKE) eingebrachte Antrag zur Sicherung von Kunstwerken

am Bau und im öffentlichen Raum sollte diesen Zustand beheben.

In einem nun ergangenen Schlussbericht stellen Bezirksbürgermeister Igel und Bezirksstadtrat für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt Hölmer das neue Verfahren vor. Ab sofort werde eine monatliche Übersicht über Bauanträge, Abbruchanzeigen und andere bauaufsichtliche Prüfungen erstellt und an das Kulturamt zur Prüfung geschickt. Erfreut über diese Entwicklung zeigt sich Fraktionschef Philipp Wohlfeil (DIE LINKE): „Es ist schön zu sehen, dass auch jener Kunst, die für alle zugänglich ist, wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird“. Das im Bericht genannte Vorgehen sei ein Schritt in die richtige Richtung, die Fraktion werde jedoch aufmerksam beobachten, ob die Kommission Kunst im öffentlichen Raum ebenfalls ausreichend in den Prozess eingebunden werde, so Wohlfeil.

■ ■ *Hans Erxleben*

Aus dem Bezirksamt

► Weinanbau in Treptow-Köpenick

Im Interkulturellen Garten Altglienicke gibt es geeignete Flächen, um etwa 100 Weinstöcke anzupflanzen. Das hätten neuere Prüfungen ergeben, heißt es aus dem Bezirksamt. Die Finanzierung von 25 Euro pro Pflanze sei jedoch offen. Die Bezirksverordneten hatten 2007 vorgeschlagen, Anbau und Pflege gemeinsam mit Bildungseinrichtungen, freien Trägern oder Ehrenamtlichen zu betreiben.

► Integrationsbeauftragter zeigt „Kriegerin“

Gemeinsam mit dem Kino Union zeigt der Integrationsbeauftragte des Bezirksamts, Sven Schmohl, am 07.03.2012, dem Vorabend zum Internationalen Frauentag, den Film „Kriegerin“. Die Hauptfigur Marisa, am Anfang eine knallharte Rassistin, die aggressiv durch die Welt rast, macht in dem Film eine Läuterung durch. Ihre seelische Reifung ist nur durch den Bruch mit ihrer bisherigen Weltsicht möglich.

Gysi meint...



Joachim Gauck zum Zweiten

Nun soll Joachim Gauck in einem zweiten Anlauf zum Bundespräsidenten gewählt werden. Die Mehrheit scheint ihm sicher, nachdem nicht nur SPD und Grüne, sondern auch die FDP und letztlich die Union ihren Segen gaben. Für SPD und Grüne wird er sich noch als Fluch erweisen. Als sie Herrn Gauck vor zwei Jahren vorschlugen, galt dies als Coup sowohl gegen die Kanzlerin, die den Kandidaten politisch nicht ablehnen konnte, als auch gegen die LINKE, die Gauck nicht schlucken wollte. Die Linke wählte weder Herrn Gauck noch Herrn Wulff, sondern nominierte mit Luc Jochimsen eine eigene Kandidatin.

Dieser Coup geht nun nach hinten los. SPD und Grüne stört es nicht, dass Joachim Gauck für die Kriege in Jugoslawien und Afghanistan ist, dass er die soziale Ausgrenzung durch Hartz IV befürwortet. Aber dieser Mann, der aus Überzeugung gegen jede Form von Diktaturen ist, kuschelt vor der Diktatur der Finanzmärkte und findet die Occupy-Bewegung „unsäglich albern“; er hat nichts gegen die undemokratische Vorratsdatenspeicherung; er befürwortet die Überwachung der Linken durch den Inlandsgeheimdienst und bewundert vor allem Thilo Sarrazin bei dessen Verbreitung rassistischer Thesen; er hält die Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts für feige Appeasementpolitik. All das wird zum sichtlichen Vergnügen der Kanzlerin auf die rot-grünen Fans zurückfallen. Joachim Gauck ist ein konservativer Kandidat in der Tradition von Heinrich Lübcke und Karl Carstens. Er war, ist und bleibt daher für die Linke nicht wählbar, weil er nicht integrierend wirken kann, sondern polarisiert. Es ist bezeichnend für die Rechtentwicklung von SPD und Grünen, diesen Mann favorisiert zu haben und nun ein zweites Mal zu wählen.

Soziale Verdrängungsprozesse auch in unserem Bezirk

Vor einigen Wochen erhielten die Mieterinnen und Mietern der Wohnanlage Salvador-Allende-Straße 76 Post von der Hausverwaltung. Angekündigt wurden drastische Mieterhöhungen von rund 5 Euro/qm auf rund 10 Euro/qm zum 1. Mai dieses Jahres. Nicht nur das, eine weitere Mieterhöhung auf 13 Euro/qm wird zum 1. Mai 2013 angekündigt. Entsetzen bei den Mieterinnen und Mietern und die Frage, wie ist das möglich? Dürfen die das? Bei den in Rede stehenden 181 Wohnungen handelt es sich um Wohnungen im sogenannten „sozialen“ Wohnungsbau. Bei diesen Wohnungen läuft die 15-jährige Förderung zum 30. April aus. Das versetzt den Vermieter in die Lage, ab diesem Zeitpunkt die Kostenmiete zu verlangen, die in diesem Fall 13 Euro/qm beträgt. Die betroffenen Mieterinnen und Mieter müssen bis zum 30.04.2012 der Mieterhöhung zustimmen, ansonsten müssen sie innerhalb von drei Monaten die Wohnungen verlassen. Der Landesbeirat für Menschen mit Behinderung hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung es schwer haben werden, in diesem Zeitraum einen adäquaten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Familien mit geringen Einkommen wird es nicht anders ergehen. Dies nahm DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick zum Anlass, Bürgermeister Igel zu fragen, was er für

die betroffenen Mieterinnen und Mieter tun will? Die ernüchternde Antwort, er kann nichts machen. Empört und enttäuscht verließen die anwesenden Mieterinnen und Mieter die BVV. Immerhin brachte es die SPD-Fraktion fertig, schnell einen Antrag nachzuschicken, in dem das Bezirksamt aufgefordert wird, eine Informationsveranstaltung durchzuführen. DIE LINKE im Abgeordnetenhaus und in der BVV ist jedoch der Auffassung, dass die Politik durchaus helfend eingreifen kann. Der Bezirksbürgermeister wird in einem Antrag aufgefordert, sich beim Senator für Stadtentwicklung, auf der Grundlage des Wohnraumgesetzes, für eine Verbesserung der Härtefallrichtlinie einzusetzen. Damit soll es für einen längeren Zeitraum einen Mietausgleich geben. Die betroffenen Mieterinnen und Mieter sollen durch Vermittlung von Wohnraum bei der Wohnungssuche unterstützt werden. Einen ähnlichen Antrag hat auch die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus eingebracht. Mit einer Großen Anfrage an das Bezirksamt will unsere BVV-Fraktion deutlich machen, wie sich die Wohnsituation in unserem Bezirk verändert. Nicht nur in der Salvador-Allende-Straße und dem Treptower Norden wird deutlich: Auch in unserem Bezirk setzten soziale Verdrängungsprozesse ein. Nur SPD und CDU haben das noch nicht erkannt.

■ ■ Uwe Doering,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Sprechstunde Gregor Gysi:

Die nächste **Bürgersprechstunde** von Gregor Gysi findet am Montag, dem 12. März zwischen 13 und 18 Uhr statt. Anmeldung bitte unter (030)63224357.

Sprechstunden März

Mi. 14.03. 18:00 – 19:00 Uwe Doering, MdA/Geschäftsführer der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, im Familien-Begegnungszentrum Altglienicke

Mi 28.03. 18:00 – 19:00 Uwe Doering, MdA/parl. Geschäftsführer der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin und **Dr. Hans Erxleben**, MdBVV, in der Alten Schule Adlershof

Sonntagmatinee im Stadttheater Köpenick Gregor Gysi im Gespräch mit: André Nicke

Die nächste Veranstaltung Sonntagmatinee findet am 25. März um 11 Uhr statt. Gesprächspartner von Gregor Gysi ist diesmal André Nicke, Leiter des „Stadttheater Cöpenick“, Regisseur, Schauspieler und Darsteller Friedrich II. Eine spannende Theaterbiografie erwartet die Besucher.

Die Sonntagmatinee findet wie immer statt im Stadttheater Cöpenick, Friedrichshagener Straße 9, 12555 Berlin. Karten können bestellt werden unter Telefon (030) 65 0162 34

Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 8

Gesamtmitgliederversammlung Baumschulenweg

Do 15.3. 17:00 Schlussfolgerungen aus den Wahlen für die Arbeit der Linken als Opposition im Abgeordnetenhaus, mit dem Landesvorsitzenden Dr. Klaus Lederer, Begegnungsstätte PRO, Kieffholzstr. 275

Basistreffen – Achtung veränderter Ort!

05.3. 17:00 Rathaus Treptow, mit Wolfgang Albers, gesundheits- und wissenschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin

Beratungen des Bezirksvorstandes

06.3. 18:30 Allendeweg
20.3. 19:30 Brückenstraße

KONTAKT

Bezirksverband

Geschäftsstelle Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin

Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792

E-Mail: bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag nach Vereinbarung,

Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr

Kassenzeiten:

Dienstag von 10.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 532 89 22

Öffnungs- und Kassenzeiten:

Seit Januar gelten in der Brückenstraße

veränderte Öffnungszeiten:

Donnerstags von 13.30 bis 17.00 Uhr

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Telefon / Fax (030) 533 76 07

Telefon (030) 902 97 41 61

mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

Sprechstunden jeweils:

Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 63 22 43 57,

Fax (030) 63 22 43 58

gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

im März

- 100. Erna Kuhn, Susanna Zappe
- 92. Irmgard Weber
- 91. Elfriede Seinig, Walter Schindler
- 90. Marianne Hentschel, Fritz Haberland
- 85. Waltraud Bergemann, Susanne Heinke, Hannelore Lehmann, Waltraud Ludwig

- 80. Inge Kießbauer, Jutta Wilke, Gerd Pringal, Heinz Wohlgemuth
- 75. Udo Heinzel
- 70. Elsa Brandt, Frona Gehrke, Roland Heinrich, Sigrid Wildanger

Einladung zur Hauptversammlung

Der LINKEN Treptow-Köpenick

Samstag, 17. März

10–14 Uhr

Rathaus Treptow

Tagesordnung:

Schwerpunktaufgaben 2012

Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag

Wahl der Mitglieder im Landesausschuss

Linksfraktion dankt Piening

Zum Rücktritt des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration, Günther Piening, erklärt der partizipations- und flüchtlingspolitische Sprecher Hakan Ta:

Es ist bedauerlich, dass Günther Piening zum 30. Juni sein Ausscheiden aus dem Amt erklärt hat. Seit fast neun Jahren Beauftragter für Integration und Migration hat er eine erfolgreiche Tätigkeit vorzuweisen. Er hat das Ansehen dieses Amtes gesteigert und mit seinen Schwerpunkten »Teilhabe und Chancengleichheit« eine zeitgemäße Ausrichtung der Politik ermöglicht. Dafür ist ihm zu danken.

Wenn Günter Piening nun erklärt, die neue rot-schwarze Landesregierung und »bestimmte Differenzen« in der Integrationspolitik hätten eine Rolle bei seiner Entscheidung gespielt, so ist zu fragen, was damit konkret gemeint ist bzw. was in der kurzen Zeit seit Amtsantritt der SPD-CDU-Koalition geschehen ist, dass

er einen so schwerwiegenden Schritt unternimmt. Hier ist die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, in der Pflicht, die Öffentlichkeit aufzuklären. Mit einer Danksagung an Herrn Piening kann sich die Senatorin nicht aus der Verantwortung stellen. Nun steht die Senatorin ohne eine/n Beauftragte/n für Integration und Migration und ohne einen Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen da, weil die Wahl der Migrantenveterin/innen Anfang Mai wiederholt werden muss. Das Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz verlangt vor der Ernennung der/des Beauftragte/n für Integration und Migration, den Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen zu hören (§ 5 Absatz 1).

Wir erwarten von der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen die Wahlen zum Beirat für Integrations- und Migrationsfragen die Ausschreibung und das Auswahlverfahren für die/den neuen Beauftragte/n für Integration und Migration zeitlich so zu gestalten, dass ein hochwertiges Verfahren unter Beachtung der Beteiligungsrechte des Beirates möglich werden.

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. **Vielen Dank.**

Empfänger: DIE LINKE Berlin **Konto:**

525 60 78 03

BLZ: 100 708 48 Berliner Bank AG

Verwendungszweck: 502-810

oder direkt in beiden Geschäftstellen.

► Altglienicker Brücke

Für die seit 1993 wegen Bauauffälligkeit gesperrte Altglienicker Brücke sind dem Bezirksamt weder Pläne für Abbruch noch Sanierung bekannt. Zuständig sei das Wasser- und Schifffahrtsamt. Ursprünglich war ein Umbau betroffener Brücken im Rahmen des geplanten Ausbaus der Wasserstraßen Berlins vorgesehen.

Musikalische Weltkreise

Auf musikalischer Weltreise in Köpenick Die Konzert-Reihe MUSIK AUS ALLER WELT lädt seit 2009 Freunde handgemachter Musik in die Altstadt Köpenick. Stetig steigende Besucherzahlen belegen das Interesse an internationalen Klängen jenseits von Rock/Pop- und Schunkelmusik im Berliner Südosten. Hier treten nun monatlich virtuose Vertreter traditionsbewusster, zugleich aber zeitgemäßer Musikkultur von anderen Kontinenten und aus europäischen Nachbarländern auf. Zu erleben ist Weltmusik im besten Sinne und für fast jedes Ohr. Zu den stets am ersten Sonntag des Monats, 17 Uhr, stattfindenden Konzerten kommen Besucher unterschiedlicher Altersschichten und aus ganz Berlin: Familien mit Kindern, Junge Musikfans und auch Ältere gehen mit auf die musikalischen Reise um die Welt.

Die nächsten Konzerte:

So. 04. März, 17:00 Uhr – Freiheit fünfzehn, Alt Köpenick

RAS PEREZ & THE REGGAE AMBASSADUBS aus der Karibik

Ras Perez spielte in seiner Heimat Dominica, in den USA und in Paris bevor er in Berlin eine Band gründete. Sie spielt Roots-Reggae, der seit den 60er Jahren aus Mento und Rocksteady entstand und durch Bob Marley bekannt wurde.

So. 01. April, 17:00 Uhr - Schloss Köpenick, Aurorasaal

TRIO ALWAN – Musik aus Ägypten

Das Trio um Mohamed Askari vermittelt

einem breiten Publikum arabische Musik jenseits von Pop und Bauchtanz: Lieder mit eingängiger Melodie und Stücke mit spannendem Rhythmus. Auch Improvisationen wird Raum gegeben.

Die Tickets kosten jeweils 12,- Euro/ermäßigt 10,- Euro im Vorverkauf (Touristinformation Köpenick am Schlossplatz, Tel: 030 – 655 7550) und 15,- Euro/ermäßigt 12,-Euro an der Abendkasse am jeweiligen Spielort.



6. März 2012 110. Geburtstag von Rudolf Mandrella

Erinnern wir an den Mut und die humanistische Haltung des damaligen Richters am Amtsgericht Köpenick, der sich in der Marine mit anderen NS-Gegnern Hitlers Kriegspolitik widersetzt und 1943 wegen „Wehrkraftzersetzung“ hingerichtet wurde.

Wir, die VVN-BdA Köpenick e.V., rufen auf zur Ehrung am Dienstag, 6. März um 17 Uhr auf dem Mandrellaplatz, Ecke Seelenbinderstraße.

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 7

SA 03.3. 10.30 Uhr „Die Braut sagt nein“, Frühschoppen zum Frauentag mit Erika Meier, Gaststätte „Domizil Hauptmann von Köpenick“, Oberspreestr. 148

DO 08.3. 14.30 Uhr BdA Treptow lädt ein zur Frauentagsfeier mit Gisela Steineckert, in der Alten Schule Adlershof, Dörpfeldstraße

MO 12.3. 15.00 Uhr Beratung der AG Seniorenpolitik in der Geschäftsstelle Brückenstraße. Thema: Gedankenaustausch mit Genossen Gregor Gysi. Welche gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Probleme bewegen die

Treptow-Köpenicker Seniorinnen und Senioren und welche Vorschläge für Lösungsansätze werden gesehen?

MI 14.3. 18.00 Uhr „Braunbuch“ / „Das Amt“ – deutsch-deutsche Suche nach Nazitatern, Dr. Norbert Podewin benennt die Fakten. BdA Treptow, Begegnungsstätte PRO Kieffholzstraße 275, 12437 Berlin

MO 19.3. 19.00 Uhr BER Schönefeld und kein Ende. Diskussion und Standpunkte, Dorfklub Müggelheim

MI 21.3. 18.00 Uhr Die Situation in Russ-

land nach der Präsidentenwahl, eine Analyse von Wolfgang Grabowski; BdA Treptow, Begegnungsstätte PRO Kieffholzstraße 275, 12437 Berlin

SO 25.3. 10.00 Uhr Politischer Frühschoppen mit Bezirksstadträtin Ines Feierabend, Eiche Casino, Wendenschloßstraße 6/Ecke S.-Allende-Straße

Termine für den blättchen-Kalender bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: petra.reichardt@die-linke-berlin.de